

Datum

8. Mai 2015

ZdK-Präsident Alois Glück fordert umfassendes Konzept gegen Flüchtlingsnot

Der Präsident des Zentralkomitees der deutschen Katholiken (ZdK), Alois Glück, hat die Länder der Europäischen Union aufgerufen, dringend ein einheitliches und umfassendes Konzept für den Umgang mit der gegenwärtigen Flüchtlingssituation zu entwickeln. Dieses Konzept müsse wirksame Rettungsprogramme, ein Vorgehen gegen Menschenhandel und verbrecherische Schleuser, die Schaffung von Lebensperspektiven in den Herkunftsländern wie auch eine gerechte Verteilung und die Förderung einer Willkommenskultur in den Aufnahmeländern umfassen.

"Nur so können Leben gerettet werden", unterstrich Alois Glück vor der Vollversammlung des ZdK am 8. Mai in Würzburg. "Die verheerenden Schiffsunglücke der letzten Wochen müssen ein Weckruf für uns alle sein. Für die Staaten, für die Politik und für die Bürgerinnen und Bürger einer Europäischen Union, die sich als Wertegemeinschaft versteht."

Die Europäische Union müsse als Zukunftsstrategie mit höchster Dringlichkeit eine gemeinsame Afrikapolitik entwickeln, forderte der ZdK-Präsident, "im eigenen Interesse und aus Solidarität mit den Menschen." Die Bevölkerung Afrikas werde sich nach den Prognosen bis 2050 verdoppeln. Der Altersdurchschnitt liege bei ca. 25 Jahren. Diese Menschen suchten und brauchten eine Zukunftsperspektive. "Europa kann sich hier nicht durch einen Zaun oder eine Mauer abkapseln. Wir müssen dazu beitragen, dass sich die Lebenschancen insbesondere der jungen Generation in den Herkunftsländern entscheidend verbessern."

Wichtigste Aufgabe der internationalen Staatengemeinschaft müsse es sein, dem organisierten Menschenhandel und den rücksichtslosen Schleusern, die den verzweifelten Menschen die riskante Überfahrt nach Europa verkauften und im Zweifel deren Tod in Kauf nähmen, den Nährboden zu entziehen, auch indem sie sich für die Stabilisierung der zusammengebrochenen staatlichen Ordnungen einsetzten.

Pressemitteilung



ZdK

Zentralkomitee
der deutschen Katholiken

Die Staaten Europas schließlich müssten bereit sein, mehr Flüchtlinge aufzunehmen und sie fair auf die Mitgliedsstaaten zu verteilen. Glück räumte ein, dass dies zu Vorbehalten und Ängsten führen könne. "Diese Ängste dürfen nicht verdrängt werden, sie dürfen aber auch nicht kultiviert und instrumentalisiert werden. Auch hier gilt: Angst ist ein wichtiger Signalgeber, aber die Angst darf uns nicht beherrschen und lähmen."

In diesem Zusammenhang forderte er Politik und Kirchen auf, ihre Führungsaufgabe wahrzunehmen und sich für eine Willkommenskultur einzusetzen. Ausdrücklich lobte er die positive Entwicklung in Deutschland und das große Engagement zahlreicher kirchlicher Gruppen.